

Ex lex in Oesterreich.

(Wiener Brief.)

—, 1. März 1918.

Oesterreich befindet sich im Erler. Die Regierung des Dr. von Seidler hat bis zur Stunde keine Mehrheit für ihr Kriegsbudget gefunden, aber sie bleibt im Amte, weil auch keine andere Regierung es fände. Und diesen Zustand verdanken wir den Polen, die sich, weil nicht all ihre Wünsche in dem Friedensschluß mit der Ukraine erfüllt werden konnten, zu den Tschechen und Südslawen geschlagen haben und es zur Krise in Oesterreich treiben.

Die Abrechnung, die gestern darüber im Herrenhaus stattgefunden hat, machte einen wahrhaft erhebenden Eindruck. Es war ein Vertrauensvotum für den Grafen Czernin und den Frieden mit der Ukraine beantragt und ein Bekenntnis zu den deutschen Verbündeten. Die Polen erkühnten sich, dagegen aufzutreten um einer Angelegenheit willen, die mit Oesterreich gar nichts zu tun hat. Ist doch die Cholmer Grenzbeschwerde eine Angelegenheit, die das Königreich Polen mit der Ukraine, nicht aber mit Oesterreich auszutragen hat. Sie geht also „unserer Polen“, wenn sie sich als Galizier noch zum Staate Oesterreich bekennen, gar nichts an. Sie können nationale Gefühle äußern und Sympathie in solch einer Sache, aber nicht den Apparat des österreichischen Staates in Frage stellen. Damit degradieren sie sich zu Exprezern. Und das haben sie getan, es ist ihnen von den hervorragenden Rednern unseres Herrenhauses ins Gesicht gesagt worden. Herr von Kleiner, Fürst Auersperg, Fürst Starh, Dr. von Bärnreither und andere haben es ohne Rückhalt ausgesprochen, daß sich das durch deutsche und österreichisch-ungarische Heere befreite polnische Volk der schwersten Undankbarkeit und des Verrates an seinen Befreier schuldig mache. Und es wurde auch in die Vergangenheit dieser galizischen Partei hineingeleuchtet, es wurden die Dienste gekennzeichnet, die die Polen jederzeit für jede Regierung leisteten, die sie angehörig zu honorieren wußte. Der Sprecher der Polen, der geriebene Herr von Bilinski, stellte sich so auf diesen Standpunkt, er forderte Leistung für Leistung und betonte damit unzweideutig, daß ein organischer Zusammenhang zu Oesterreich bei den Polen nie existiert hat. Die Keulenhiebe, die im österreichischen Herrenhaus an diesem denkwürdigen Tage auf die Polen niedersausten, werden nicht so bald vergessen werden. Man hat das Gefühl, daß ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihnen nie wieder hergestellt werden kann, daß was immer in Galizien kommt, nur ein Provisorium sein dürfte. Die Polen sind von den Deutschen in Oesterreich immer als Staatschädlinge angesehen worden, sie wollten die Galizianer immer aus dem Reichsrat hinaus haben. Jetzt zeigt es sich, wie richtig diese Politik war. Die Polen haben Oesterreich in der Stunde verlassen, da es um seine Existenz zu kämpfen hat, sie haben es verlassen, trotzdem dieser Staat alles getan hat, die Zukunft der polnischen Nation zu sichern.

Und zu den Tschechen, Südslawen und Polen haben sich auch unsere Bolschewiken geschlagen. Auch die Sozialisten verweigern dem Staate die Mittel, seinen Kampf ums Dasein weiter zu führen. Sie haben eine derart verklausulierte Zustimmung zum Budget ausgesprochen, daß die Kriegsanleihe durchfällt und jede weitere Ausga-

be für Kriegszwecke. Und so segelten wir denn in den außergesetzlichen Zustand hinein. Sonst half in Oesterreich immer der berühmte § 14, aber der ist so kompromittiert worden durch das Stürkische Regiment, das bekanntlich durch einen Revolverbeschuß beendet wurde, daß man es jetzt vermeiden will, ihn wieder zu Hilfe zu rufen. Die Ratlosigkeit ist groß. Und es wird fortgesetzt mit den Parteiführern „verhandelt“ über einen möglichen Ausweg.

Das bodenlose Geschimpfe der „Arbeiterzeitung“ gegen das Herrenhaus kann über die Lage nicht hinwegtäuschen: der Reichsrat ist unfähig, die Interessen des Staates zu wahren, er ist wieder einmal bankrott geworden, weil jede Partei ihre Sonderinteressen verfolgt und höher stellt als die des Vaterlandes; das Herrenhaus aber ist der einzige Ort, in dem der Gesamtwille des Staates noch rein zum Ausdruck kommt. Dieses Haus anzuflegeln ist keine Kunst und kein Verdienst. Den großen Herren zu sagen, daß sie nicht das Volk vertreten, ist eine Banalität, man kann den Herren Sozialdemokraten mit dem gleichen Recht sagen, daß sie es ebenfalls nicht vertreten, daß gerade sie nur eine Partei sind. Es fragt sich nur, in welcher der beiden Parteien neben dem Sonderinteresse auch das Gesamtinteresse zum Ausdruck kommt. Und es kann für keinen klaren Kopf ein Zweifel darüber bestehen, daß dies bei den Sprechern des Herrenhauses der Fall ist. Sie repräsentieren Bildung und Besitz, Bürgertum und Verfassung, in ihnen leben die Ueberlieferungen dieses Staates, lebt jener Gesamtwille, der den anderen Parteien abhanden gekommen ist. Die Mitglieder des Herrenhauses haben aus all diesen Gründen in so ernstem Augenblicken das Wort zu führen und man darf es mit Genugtuung sagen: sie haben es geführt!

Nicht nur, daß die Sprecher des Herrenhauses den streikenden Parteien ihre Meinung gründlich sagten ist der Gewinn, sie befreiten uns auch von der kläglichen Haltung, die uns militärisch im Osten aufgezwungen wurde, denn sie forderten den Einmarsch in die Ukraine, sie forderten, daß wir an der Seite des deutschen Verbündeten bleiben wie bisher. Und die lavierende, paktierende, wie ein Rohr im Winde schwankende Regierung, die es allen Parteien recht machen soll, hat diese Anregung befolgt. Sie sorgte aber dafür, daß der Schritt hundertfach mit dem Hinweis auf die zu erhoffenden Lebensmittel begründet erscheine. Und so kaufte sie auch unseren Bolschewiken die Courage ab, sie wagen nicht mehr, dagegen Einspruch zu erheben, denn am Ende kriegen wir ja doch das Brot aus der Ukraine, das uns so dringend nötig ist. Das zu verhindern haben sie nicht den Mut, buhlen sie doch um die Stimmen derer, die am meisten hungern. Damit sind sie freilich in einen Widerspruch geraten mit ihrer verklausulierten Zustimmung zum Budget, denn eine Kriegshandlung ist dieser Einmarsch gewiß. Unsere Truppen werden in der Ukraine der Roten Garde der Petersburger Bolschewiken begegnen und sie nicht gar zart anfassen. Hat uns die Ukraine doch deshalb zu Hilfe gerufen.

Wir geraten durch diesen Einmarsch aus der Bukowina auch in den Rücken jenes Teiles von Rumänien, der noch nicht besetzt ist. Und auch das ist eine sehr kluge Kriegshandlung, die von praktischen Folgen begleitet sein kann.

Daß wir uns ein wenig dem Gelächter der Welt aussetzen durch diese verspätete Energie, das kommt ausschließlich auf das Schuldkonto des zer-

fahrenen österreichischen Reichsrates, der sich von den Polen tyrannisieren ließ, die es nicht verhindern können, daß neben ihnen jetzt auch der große ukrainische Staat aufersteht, von dem sie so große Volksteile in Galizien unterjochten. Denn auch diese Volksteile in Ostgalizien melden jetzt wieder ihre Forderungen gegen die Polen an, sie verlangen die Teilung dieses Landes. So lange Oesterreich sich dazu hergab, die Herrschaft der Polen über die Ruthenen zu stützen war ihnen dieses Oesterreich genehm, seitdem wir die Ukraine entdeckt haben, gilt es ihnen nichts mehr, sie gehen mit den anderen Slawen gegen uns. Diese Lehre ist uns ganz gesund.

Wie die Regierung aus der jetzigen Lage den Ausweg finden will, das ist zurzeit unklar. Daß wir marschieren, das ist der richtige Beweis für den Lebenswillen des Staates gegenüber all den Tritten und Gehässigkeiten, mit denen er im Innern zu kämpfen hat.